



Detlef Wetzel

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Gute Arbeit für Europa

Gerechte Löhne – Soziale Sicherheit

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2012 in Singen

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gerechte Löhne!

Gute Arbeit!

Soziale Sicherheit!

Dafür erheben wir heute unsere Stimme!

Der 1. Mai ist unser Tag!

Er ist auch ein Tag, der uns an heftige Auseinandersetzungen, die wir in unserer Geschichte zu führen hatten, erinnert.

Lohnfortzahlung, Urlaub, Arbeitszeitverkürzung und vieles andere mehr wurde uns nicht geschenkt!

Das alles haben wir uns hart erkämpft!

Weil Millionen stärker sind als Millionäre!

Weil das auch heute noch gilt
und weil wir als Gewerkschaften einen Zulauf haben wie seit Jahrzehnten nicht mehr,
bin ich mir sicher:

Wir werden auch in den aktuellen, schwierigen Auseinandersetzungen viel erreichen!

Verdi hat vor wenigen Wochen im öffentlichen Dienst gezeigt was möglich ist!

Ein toller Erfolg!

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben das verdient.

Wer gute öffentliche Leistungen will, muss sich gut bezahlte Beschäftigte leisten.

IG BCE und IG Metall werden folgen!

Wir zeigen den Menschen:

Auf uns - die Gewerkschaften - ist Verlass, Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben in der Krise verantwortungsvoll gehandelt!

Und Hunderttausende Arbeitsplätze gesichert.

Jetzt brummt der Laden wieder!

Eine vergoldete Bilanz folgt der anderen.

Und wenn 2011 ein Jahr der guten Bilanzen war, dann muss 2012 ein Jahr der guten Löhne werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und das kann nicht nur für die Herren aus den Vorstandsetagen gelten.

Ihr habt dafür gesorgt, dass die meisten Unternehmen nach der Krise erstaunlich schnell wieder auf Kurs gekommen sind.

Ihr habt in den Betrieben diese Rekordergebnisse erarbeitet.

Die Beschäftigten haben sich nicht an den Börsen verzockt, Ihr wart nicht schuld an der Misere.

Und darum habt ihr einen fairen Anteil am Erwirtschafteten verdient.

Darum ist die Forderung mit 6,5 Prozent absolut angemessen.

Und darum ist das Angebot der Arbeitgeber nicht akzeptabel.

Drei Prozent mehr für 14 Monate.

Das ist nämlich völlig ungenügend.

Auf das Jahr gerechnet, sind das gerade mal 2,57 Prozent.

Damit werden vielleicht die voraussichtlichen Preissteigerungen ausgeglichen.
Mehr nicht.

Ein fairer Anteil sieht anders aus.

Dieses Angebot berücksichtigt weder das außerordentlich erfolgreiche Jahr 2011 noch die stabilen Aussichten für 2012.

Es nimmt keine Rücksicht auf Eure Leistung, auf das was Ihr mehr erwirtschaftet habt, Kolleginnen und Kollegen.

Ein Ausgleich der Preissteigerungsrate ist uns zu wenig.

Wir wollen auch am Produktivitätsfortschritt beteiligt werden.

Und an den außerordentlichen Gewinnen.

Wir wollen unser Stück vom Kuchen.

Wir wollen gerechte Löhne, Kolleginnen und Kollegen.

Aber es geht nicht nur um gerechte Löhne!

Wir wollen in dieser Tarifrunde auch einen Beitrag dazu leisten, dass es auf dem Arbeitsmarkt wieder ein Stück gerechter zugeht.

Denn so gut die wirtschaftliche Erholung Deutschlands auch ist:

Sie schafft kaum sichere Arbeitsplätze.

Leiharbeit, befristete Beschäftigung und unsichere Arbeit nehmen zu.

Der Niedriglohnsektor breitet sich aus.

Die Arbeitgeber haben den Kombilohn für sich entdeckt.

Sie zahlen derart niedrige Löhne, dass der Staat noch Leistungen oben drauf legen muss, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überhaupt auf Hartz IV-Niveau kommen.

Das ist eine absurde Fehlentwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Diese Entwicklung muss ein Ende haben!

- Löhne, von denen man nicht leben kann,
- Arbeitsverhältnisse, die zu einer Spaltung des Arbeitsmarktes
- und zu einer Spaltung der Belegschaften in Kernbelegschaften und Randbelegschaften führen

sind nirgends zu akzeptieren.

Und schon gar nicht in einem zivilisierten Land in Europa!

Kolleginnen und Kollegen,

Löhne dürfen nicht bis ins Bodenlose fallen.

Und natürlich sorgen wir Gewerkschaften dafür, dass dies nicht der Fall ist.

Aber es gibt auch Branchen und Dienstleistungen, wo wir nicht über die nötige Durchsetzungsstärke verfügen.

Dort braucht es den Mindestlohn.

In 21 Ländern Europas gibt es ihn.

Nur bei uns soll das nicht gehen, nur bei uns soll dann alles zusammenbrechen.

Diese Behauptung ist doch leicht zu durchschauen.

Diese Diskussion wird von denen geführt, die an der Ausbeutung der Menschen gut verdienen.

Und von Wissenschaftlern und Vereinigungen, die sie ideell unterstützen.

Deswegen gibt es kein Wackeln:

Wir Gewerkschaften wollen den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.

Und zwar jetzt!

Kolleginnen und Kollegen,

Arbeitsverhältnisse, die Arbeitsmarkt und Belegschaften spalten und gegeneinander ausspielen sind nicht zu akzeptieren.

Es ist doch heute vielfach die Regel, dass sich auf einem Werksgelände

- Mitarbeiter der Stammbesellschaft des Unternehmens,
- Leiharbeiterinnen,
- Werkvertragsarbeitnehmer

treffen.

Sie machen oft die gleiche Arbeit – aber zu völlig unterschiedlichen Bedingungen.

Obwohl sie das Gleiche leisten, verdienen die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter deutlich weniger als ihre Kollegen in Festanstellung.

Sie haben weniger Rechte und wissen sie heute oft nicht, wo sie in der nächsten Woche arbeiten.

Dort, wo wir eine betriebliche Regelung zum Einsatz und zu besserer Bezahlung von Leiharbeit erreicht haben, versuchen manche Arbeitgeber schon wieder, das zu umgehen.

So werden Werkverträge zunehmend als strategisches Instrument der betrieblichen Beschäftigungspolitik eingesetzt.

Sie werden genutzt, um bestehende Regulierungsmechanismen in der Leiharbeit zu umgehen,

- weiter Lohndumping zu betreiben,
- Belegschaften zu spalten,
- und betriebliche Mitbestimmung auszuhöhlen.

Die Spaltung der Belegschaften beschreibt das, was da passiert, noch recht harmlos.

Das ist ja vielmehr eine regelrechte Zersetzung des Arbeitsmarktes.

Dem sehen wir nicht tatenlos zu!

Darum wollen wir als IG Metall in der aktuellen Tarifrunde die Leiharbeit ein Stück weit besser geregelt haben.

Wir wollen mehr Mitbestimmung für Betriebsräte!

Es kann doch nicht sein, dass die Betriebsräte täglich

- bei der Personalplanung mitbestimmt,
- bei der Fachkräfte- und Beschäftigungssicherung
- und bei der Anpassung an neue Produktionssysteme mitbestimmen,

aber bei der Frage „Wieviele Leiharbeiter kommen in den Betrieb?“ nichts zu sagen haben.

Wenn ein Arbeitgeber heute Stammarbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzt,
wenn er Ausgebildete auf die Straße setzt,
oder wenn er befristet Beschäftigte vom Hof jagt,
um dafür Leiharbeiter zu holen, dann muss ein Betriebsrat dazu NEIN sagen können!

Es kann doch nicht sein, dass das über den Einkauf in einem Unternehmen
abgewickelt wird und wir sind außen vor.

Das muss sich ändern!

Menschen sind mehr als eine Kostenstelle mit zwei Ohren, liebe Kolleginnen und
Kollegen!

Und darum wollen wir auch geregelt haben:

Was verdienen die Leiharbeiter?

Die meisten bekommen zum Teil 30 oder 40 Prozent weniger Geld, als
Festangestellte!

Es erzeugt auch einen permanenten Druck auf unsere Tarifverdienste.

Das kann so nicht bleiben.

Da ist eine Riesenlücke und wir wollen diese Lücke schließen!

Kolleginnen und Kollegen,

„Die Jugend ist unsere Zukunft“.

Diese Aussage hört man immer wieder in Politik und Wirtschaft!

Ich frage:

Warum ist dann die Arbeitssituation vieler junger Menschen eine solche Schande?

- Knapp 40 Prozent der Beschäftigten zwischen 15 und 24 Jahren arbeiten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen.
- Mehr als 30 Prozent der Erwerbstätigen unter 35 Jahren arbeiten zu schlechten, unsicheren Bedingungen: in Leiharbeit, Scheinselbständigkeit oder unfreiwilliger Teilzeit.
- Sie arbeiten zu Niedriglöhnen, die nicht dafür ausreichen, den Lebensunterhalt zu bestreiten.
- Jeder zweite Berufseinsteiger wird nur noch befristet eingestellt.

Das erschwert nicht nur den beruflichen Einstieg und das Weiterkommen, sondern auch die persönliche Lebensplanung.

Eine Familie gründen kann man so nicht.

Und es sind doch nicht die jungen Menschen, denen es an Ausbildungsreife mangelt.

Es sind doch vor allem die Betriebe, denen oft die Ausbildungsreife fehlt.

In manchen Branchen muss man doch eher von „Ausbeutung“ als von „Ausbildung“ sprechen.

Auf der einen Seite beklagen sich Unternehmen über den Mangel an Fachleuten und auf der anderen Seite sind die Ausbildungsbedingungen für junge Menschen inakzeptabel.

Dabei ist es doch ganz einfach:

Die Qualität der Ausbildung muss stimmen, junge Menschen müssen besser bezahlt und nach der Ausbildung übernommen werden.

Das ist doch kein Luxus!

Das war doch früher eigentlich selbstverständlich.

Ich finde:

die unbefristete Übernahme muss wieder eine Selbstverständlichkeit werden,
Kolleginnen und Kollegen!

Und darum wollen wir das in dieser Tarifrunde durchsetzen.

Die Arbeitgeber sehen das als Eingriff in ihre unternehmerische Freiheit.

Sie fühlen sich in ihrem Selbstverständnis als „Herr im Hause“ bedroht.

Das sagen sie sehr deutlich.

Ich frage mich:

In welchem Jahrhundert leben wir eigentlich?

Was ist das für ein Selbstverständnis?

Die Zeit der uneingeschränkten, absolutistischen Herrschaft ist vorbei, meine Damen
und Herren Arbeitgeber.

Wir bleiben dabei:

Die unbefristete Übernahme ist notwendig.

Und sie ist auch machbar.

Im Übrigen gilt doch auch:

Wer nicht ausbildet oder die Ausgebildeten nicht übernimmt, der darf auch nicht über
Fachkräftemangel jammern.

Ihr wisst es selbst:

Das wird täglich beklagt als sei eine Naturkatastrophe über sie hereingebrochen.

Dabei ernten sie nur die Früchte ihrer eigenen Kurzsichtigkeit.

Über Jahre hinweg ist die Zahl der Ausbildungsplätze in der Metall- und Elektroindustrie gesunken.

Bei den Metallberufen ist sie zwischen 1998 und 2009 um über ein Drittel zurückgegangen.

Dadurch haben die Unternehmen nicht nur der jungen Generation, sondern auch sich selbst geschadet.

Hätten sie ihre Ausbildungszahlen erhöht, dann gäbe es heute mehr Fachkräfte.

Statt zu klagen, sollten die Arbeitgeber lieber ihre Hausaufgaben machen.

Das bedeutet: Mehr ausbilden und anschließend auch unbefristet übernehmen. Das setzt aber ein gewisses Maß an Einsicht bei den Arbeitgebern voraus.

Sie können es sich nicht mehr leisten, nur die Rosinen eines Jahrgangs rauszupicken.

Die Zahlen der Schulabgänger sinken.

Sie müssen ihre Ansprüche an Bewerber reduzieren und ihre Anstrengungen in punkto Qualifizierung verstärken.

Wir haben deshalb eine Einstiegsqualifizierung für schwächere Schulabgänger gefordert.

Und immerhin:

Hier blocken die Arbeitgeber nicht ab.

Hier sehen sie durchaus Möglichkeiten, ohne allerdings konkret zu werden.

Die unbefristete Übernahme und bessere Ausbildungschancen für Jugendliche sind eine notwendige Investition in die Fachkräfte von morgen und in die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie.

Sie sind aber vor allem deshalb notwendig, weil junge Menschen Sicherheit zur Lebensplanung und Perspektiven im Beruf brauchen.

Es wird Zeit, dass die Arbeitgeber das erkennen.

Wir werden ihnen auf die Sprünge helfen.

Der Jugend muss eine Perspektive geboten werden!

Im Interesse der Betroffenen, aber auch im Interesse der Sicherung des Fachkräftebedarfs der Unternehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Damit komme ich zum nächsten Punkt, der auch vielen von euch unter den Nägeln brennt.

Wie kommen wir alle gesund in Rente?

Seit Beginn dieses Jahres wird die Regelaltersgrenze jährlich angehoben.

Ab 2029 gilt die Rente mit 67.

Für uns bleibt die Rente mit 67 die größte sozialpolitische Fehlentscheidung der letzten Jahrzehnte.

Weil wir wissen:

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen es unter den heutigen Arbeitsbedingungen nicht bis 67 zu arbeiten.

Das bedeutet dann:

Die Rente mit 67 ist ein Altersarmutsprogramm.

Denn wenn ihr mit 60 oder 63 raus müsst, weil ihr nicht mehr könnt, folgen enorme Rentenabschläge.

Darum bleiben wir bei unserem „Nein“ zur Rente mit 67.

Die Regelaltersgrenze 67 muss weg!

Da wir das aber unter den heutigen politischen Konstellationen nicht morgen umgesetzt bekommen, sagen wir:

Ein einfaches „Nein“ zur Rente mit 67 genügt nicht.

Flexible Übergänge und Ausstiegsoptionen für die, die früher raus müssen oder wollen, das ist unser Modell.

Und es muss dafür Sorge getragen werden, dass die Leute auch bis 67 arbeiten können.

Wer das nicht tut, nimmt bewusst Altersarmut von vielen Menschen in Kauf.

Stress und Leistungsdruck nehmen immer weiter zu.

Es werden immer höhere Anforderungen an die Arbeitnehmer gestellt und immer höhere Einsatzbereitschaft eingefordert.

Und das alles sollt ihr bis 67 durchhalten.

Das geht nicht – und darum muss Entlastung geschaffen werden.

Das gilt sowohl für die Fertigung als auch für die Arbeit im Büro.

Es gilt, der Arbeit wieder ein gesundes Maß zu geben.

Und darum werden wir dieses Thema nach unserer Tarifrunde angehen.

Kolleginnen und Kollegen,

Gute Arbeit!

Gerechte Löhne!

Soziale Sicherheit!

In Deutschland und Europa!

Dafür stehen wir heute hier.

Das heißt:

Ein Umdenken ist überfällig.

Die Politik muss endlich wieder den Menschen in den Mittelpunkt rücken.

Wir haben Vorrang vor den freien Kräften des Marktes!

Dafür kämpfen wir seit Generationen!

Und dafür werden wir auch noch in Generationen unsere Stimme erheben!

Glück auf!